

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 007/2013 (FD)

Interpellation Barbara Wyss Flück (Grüne, Solothurn): Strafanzeige gegen Kernkraftwerke (16.01.2013)

Am 19. Dezember 2012 hat der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) und Greenpeace Schweiz Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen Urkundenfälschung gegen das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und gegen das Kernkraftwerk Leibstadt AG (KKL) eingereicht. Die Wertschriften des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sollen höher ausgewiesen worden sein als die Marktwerte in den Bilanzen des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds. Ohne der Rechtssprechung der Bundesanwaltschaft vorgreifen zu wollen, stellen sich betreffend dieser Ausgangslage auch Fragen für den Kanton Solothurn als Standortkanton und indirekten Aktionär der beiden Kernkraftwerke (über seine Alpiq-Beteiligung).

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Die angenommenen Milliardenlöcher bei der Finanzierung der Nachsorgekosten wurden in diversen Medien kommuniziert, eine Stellungnahme der Solothurner Regierung ist ausgeblieben. Wieso und mit welcher Begründung?
2. Welche allfälligen Auswirkungen hat diese Strafanzeige auf den Kanton Solothurn?
3. Ende 2011 fehlten im Vergleich zum SOLL-Wert 142 Mio. CHF im Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für die beiden KKW. Welche Haltung nimmt der Regierungsrat in Bezug auf die Differenz zwischen IST- und SOLL-Betrag und die Entwicklung der zurückgestellten Mittel im Stilllegungs- und Entsorgungsfonds der Betreiber ein?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat einen allfälligen Sanierungsbedarf und was gedenkt er aktiv zu unternehmen, damit am Schluss nicht die Allgemeinheit für mögliche Deckungslücken aufkommen muss?
5. Wie schätzt die Regierung die Folgen einer allfälligen Finanzierungslücke für die Region und für den Zeitplan des dereinstigen Rückbaus ein?
6. Die Alpiq ist mit einer Beteiligung von 40 Prozent der grösste Aktionär des AKW Gösgen und mit 32,4 Prozent an Leibstadt beteiligt, wie nimmt der Regierungsrat Einfluss?

Begründung (16.01.2013): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Wyss Flück, 2. Felix Lang, 3. Doris Häfliger, Daniel Urech, Marguerite Misteli Schmid, Felix Wettstein (6)